



Bundesgeschäftsstelle:

Zeltinger Strasse 9
50969 Köln
Telefon (0221) 51 10 02
Telefax (0221) 52 99 03
E-Mail: info@dgsp-ev.de
Internet: www.dgsp-ev.de



Mitglied der
World Federation
of Mental Health



Afghanische Ortskräfte und ihre Familien in Lebensgefahr – Aufnahme in Deutschland sofort und unbürokratisch realisieren!

Der Fachausschuss Migration der Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie ist in großer Sorge um die zurückgelassenen Ortskräfte in Afghanistan. Sollte eine sofortige geregelte Ausreise nicht möglich sein, ist davon auszugehen, dass sich tausende um ihr Leben fürchtende Menschen auf die Flucht begeben müssen. Traumatisierung und psychische Erkrankungen sind mit Sicherheit als Folgeerscheinungen zu erwarten.

Wo bleibt das Versprechen von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, für den Schutz der ehemaligen Mitarbeitenden Sorge zu tragen?

Aktuell suchen viele Menschen, die jahrelang mit dem deutschen Militär oder anderen deutschen Institutionen zusammengearbeitet haben, verzweifelt und bisher erfolglos nach Möglichkeiten an Visa zur Ausreise nach Deutschland zu kommen. Alle Bundeswehrsoldaten wurden inzwischen aus Afghanistan ausgeflogen. Die Information, dass inzwischen ca. 2.400 Visa erteilt wurden und mehrere Afghan*innen bereits ausgeflogen wurden, ändert nichts an der sich zuspitzenden Gefährdungslage tausender Hilfskräfte, die u.a. in Masar-i-Sharif festsitzen.

Die Situation ist vollkommen intransparent.

Wer derzeit die Gefährdungsanzeigen in Masar-i-Sharif bearbeitet, bleibt unklar. Es gibt bisher keine Anlaufstelle. Lediglich in Kabul scheint – nach vorübergehender Schließung der Visastelle der Botschaft - vor einigen Tagen eine Informationsstelle ihren Betrieb aufgenommen zu haben. Jedoch der Weg von Masar-i- Sharif nach Kabul ist lebensgefährlich.

Völlig unverständlich bleibt, dass für das lange bekannte Problem der Gefährdungen der Ortskräfte keine ausreichende Vorsorge getroffen worden ist. „Andere Nationen haben ihre

Ortskräfte vorher in Sicherheit gebracht", so Marcus Grotian, der selber 2011 als Soldat in Afghanistan war (Tagesschau 2.7.21).

Eigentlich sollten nach den letzten Beschlüssen auch die Ortskräfte, die bereits 2013 Verträge mit der Bundeswehr, der deutschen Polizeimission oder mit dem Auswärtigen Amt hatten und inzwischen ausgeschieden sind, zum Aufnahmeprogramm gehören. Aber obwohl wegen der Gefährdungen höchste Eile geboten ist, klappt die Kommunikation nicht. Verzweifelte Menschen finden keine Anlaufstelle, um ihre Gefährdung geltend zu machen und Ausreisepapiere zu erhalten. Eine funktionierende E-Mail-Adresse für die Abgabe von Gefährdungsanzeigen scheint es nicht zu geben. Jedenfalls berichten Betroffene, dass ihre Mails nicht beantwortet werden. Die Angst geht um, dass die Taliban sie ausfindig machen, bevor sie die rettende Reise nach Deutschland antreten können. Zudem ist höchst fragwürdig, dass sie die Flüge, die sie in Sicherheit bringen sollen, selbst bezahlen müssen.

In der SZ vom 2.7.21 war ein erschütternder Brief von Ahmad Jawid Sultani, der für die Bundeswehr als Übersetzer arbeitete, zu lesen. Er gehört zu den Ortskräften, die zurückgelassen wurden. „Ich habe Angst“, schreibt er. „Heute bedaure ich sehr, dass ich für die Bundeswehr gearbeitet habe. (...) Meine Nachbarn sagen zu mir: ‚Weißt du nicht, dass die Taliban vor der Stadt stehen? Du wirst ihr erstes Ziel sein. In ihren Augen bist du ein Verräter.‘“ Weiter beschreibt er die Angst davor, dass die Taliban an seine Tür klopfen. „Für den Fall hoffe ich, dass sie mich gleich erschießen. Es wäre furchtbar, wenn sie mich foltern und zur Schau stellen würden, um anderen eine öffentliche Lektion zu erteilen.“

Der Übersetzer Ahmad Jawid Sultani schreibt: „Niemand von der deutschen Seite hat sich an uns gewandt. Ich habe aus den Medien erfahren, dass die Deutschen vor kurzem die zwei-Jahres-Regel geändert haben, dass also auch Übersetzer wie ich in den Auswahlprozess kommen sollten, deren Arbeitszeit für die Deutschen schon länger zurück liegt. Aber wir sind alle absolut im Unklaren: wir wissen nicht, an wen wir uns wenden sollen.“

Es muss alles dafür getan werden, dass das von der Regierung vorgesehene Aufnahmeprogramm noch zeitnah genug realisiert werden kann.

Absolut inakzeptabel ist es, dass Ortskräfte, die bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) eingesetzt waren, nicht unter die Zwei-Jahresregelung fallen (FR 12.7.2021) und dass diejenigen afghanischen Mitarbeiter*innen, die mehrere Jahre im Auftrag der Bundeswehr für deutsche Subunternehmen gearbeitet haben, zurückgelassen werden (SPIEGEL, Nr. 26). Die Begründung, dass sie keinen direkten Vertrag mit der Bundeswehr gehabt hätten, ist willkürlich und geradezu zynisch, beziehungsweise der Versuch, der vorhandenen moralischen Verpflichtung mit fadenscheinigen Argumenten auszuweichen. Die Taliban sehen diese Hilfskräfte genauso als Verräter*innen an wie alle anderen.

Es wäre unverantwortlich, wenn „*die tiefe Verpflichtung ... diese Menschen nicht schutzlos zurück zu lassen*“, von der Frau Kramp-Karrenbauer sprach, nur einem willkürlich ausgewählten Teil der gefährdeten Ortskräfte zugutekommen würde. Der Tod der Zurückgelassenen wäre deutscher Schuld zu zurechnen. Oder die zurückgelassenen Mitarbeiter*innen, zur Flucht gezwungen, werden schließlich auf illegalen Wegen und mit traumatisierten Erfahrungen in Deutschland Schutz suchen.

- Wir fordern Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer auf, unverzüglich transparente und unbürokratische Regelungen zu treffen, sodass für alle bedrohten einheimischen Ortskräfte und ihre Familien, die große Risiken durch die Arbeit für die Deutschen auf sich genommen haben, eine sofortige sichere Ausreise nach Deutschland ermöglicht wird.**
- Wir bitten um Beantwortung der Frage, wann, wie und in welchem Umfang Frau Kramp-Karrenbauer Ihre Zusage „die Menschen nicht Ihrem Schicksal zu überlassen“ einlösen wird?**
- Wir fordern Innenminister Seehofer und die Länder und Kommunen auf, Programme aufzulegen, mit denen zügige Integrationschancen für die aufgenommenen afghanischen Hilfskräfte und ihre Familien geschaffen werden können.**
- Darüber hinaus fordern wir von allen Verantwortlichen angesichts der Lage in Afghanistan einen sofortigen Abschiebestopp. Die Taliban sehen die aus westlichen Ländern Abgeschobenen ebenfalls als Verräter an. Wir fordern, dass das Auswärtige Amt einen aktuellen Lagebericht erstellt, auf dessen Grundlage Gerichte und das Bundesamt für Migration die Situation neu und angemessen einschätzen können.**

Deutsche Gesellschaft für

Soziale Psychiatrie e.V. -DGSP-

Der Vorstand